



ESSAY

Davon geht die Kirche nicht unter

Es gibt viele gute Gründe für die Abschaffung der Kirchensteuer. Sie ist unzeitgemäß, nicht gerecht und macht träge, findet der Theologe Ulrich Hemel

Die Kirchensteuer wurde im 19. Jahrhundert als Entschädigung für die Säkularisierung von Kirchengütern nach Napoleon eingeführt und hat derzeit ein jährliches Einkommen in Höhe von etwa elf Milliarden Euro für beide großen Kirchen. Das ist viel Geld. Wenn die Summe fehlt und der Staat einspringen müsste, wirft ihn das aber nicht um. Ein großer Teil der Kirchensteuer wird für die sozialen Aufgaben der Kirchen verwendet: für Krankenhäuser, Pflegeheime, Kindergärten und dergleichen mehr. Soziale Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft erhalten in der Regel 85 Prozent staatliche Zuschüsse. Der Rest kommt aus Kirchensteuermitteln. Damit hat die Kirchensteuer überwiegend den Charakter einer „Zwangs-Sozialsteuer“, die ausschließlich Katholiken und Protestanten trifft.

Der Begriff „Steuer“ erweckt zudem den Anschein einer staatlichen Abgabe, was die Kirchensteuer nicht ist: Denn Nutznießer sind die Kirchen, nicht der Staat. Dass sie über die Finanzverwaltung eingezogen wird, wirkt wie ein Privileg für die Kirchen, auch wenn diese dafür bezahlen. Ganz im Gegensatz dazu begünstigt die Erhebung der Kirchensteuer alle, die keiner Kirche angehören, und alle, die keine Einkommensteuer zahlen.

Nur: Wie gerecht ist eine Sozialsteuer, die von kaum der Hälfte der Steuerzahler gezahlt wird? Privilegiert sind nämlich in diesem Sinn alle, die aus einer der beiden großen Kirchen ausgetreten sind, und alle, die einer Religionsgemeinschaft angehören, die nicht „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ ist. Dazu gehören Muslime, aber auch Orthodoxe und Angehörige von Freikirchen. Wenn nur noch 55 Prozent der Bevölkerung sich zur katholischen oder evangelisch-lutherischen Kirche bekennen, und wenn ein Drittel von ihnen gar keine Einkommensteuer zahlt, dann wird die Merkwürdigkeit des heutigen Systems deutlich: Knapp 40 Prozent der Steuerzahler sind zur Kirchensteuer verpflichtet, 60 Prozent aber gerade nicht. Von kirchlichen Krankenhäusern, Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen profitieren aber alle. Gerecht ist das nicht.

Nun lässt sich trefflich darüber streiten, was gerecht sein soll. Schließlich sind alle gläubigen Christen, Muslime und Juden selbstverständlich dazu verpflichtet, ihre Glaubensgemeinschaft finanziell zu unterstützen. Und wer die Realität kennt, weiß: Sie tun es auch. Wenn vor Ort eine Kirche renoviert wird, lebt das Engagement der Gläubigen auf. Es entsteht Zusammenhalt, weil gemeinsame Ziele verbinden. Aber: Gibt es etwa keine Moscheen und keine Kirchen für orthodoxe Christen oder für kleinere Gruppen wie die Neupostolische Kirche? Es gibt sie doch, obwohl Kirchensteuermittel fehlen!

Nun lässt sich entgegenhalten: Ohne Kirchensteuer müssten soziale Einrichtungen verkauft, geschlossen

oder vom Staat übernommen werden. Aber: Wäre es eine Tragödie, wenn es so sein sollte? Als Finanzminister würde ich zwar ungern auf die Mitfinanzierung der Kirchen in sozialen Einrichtungen verzichten. Eine solche Argumentation geht freilich eher in die Richtung einer Verkappten, dann aber leider ungerecht erhobenen Sozialsteuer.

Auf der anderen Seite sind die Kirchen sehr aktiv, um den Zufluss durch ihre Steuer zu erhalten. Sie haben unnachlässig gerichtlich durchgesetzt, dass der Status als Kirchenmitglied an der Zahlung von Kirchensteuer hängt. Theologisch gesehen ist dieses Verhalten ein Verstoß gegen das sogenannte Übermaßverbot, also das Verbot, über ein faires Maß an Belastung hinauszugehen. Denn eine Ablehnung der Kirchensteuer muss nicht bedeuten, dass jemand sich nicht seiner Kirche zugehörig fühlt und dass er grundsätzlich finanziell nichts beitragen möchte. Das Motto „Kirchensteuer zahlen oder austreten“ ist zudem unbarmherzig, obwohl doch Barmherzigkeit ein Leitmotiv von Papst Franziskus ist! Und selbst sein Vorgänger, Benedikt XVI., der als früherer deutscher Bischof und Kardinal die Verhältnisse bestens kennt, hat als Papst deutliche Kritik am deutschen Kirchensteuersystem geübt.

Und der Grund für diese Kritik ist einfach: „Hohe Kirchensteuermittel bremsen den innerkirchlichen Reformeifer“, könnte man zusammenfassen. Wo Mittel reichlich fließen, fällt es leichter, die Frage nach inneren Reformen zurückzustellen. Die Verfassung der beiden großen Kirchen spiegelt noch immer die Sonderstellung der Kirchenfürsten seit der ottonischen Reichsreform von vor 1000 Jahren: Als Kirchenfürsten konnten sie den Kaiser wählen. Als Kirchenmänner konnten sie aber keine erberechtigten Nachkommen zeugen, die später zu politischen Konkurrenten aufwachsen konnten. Diese besondere Nähe zwischen Kirche und Staat verstärkte sich nach der Reformation noch. Heute aber leben wir im 21. Jahrhundert. Wir haben andere Vorstellungen von legitimer Herrschaft. Kirchenfürsten, die in demokratischer Zeit monarchisch handeln, stehen der Leuchtkraft ihrer eigenen Kirche im Wege.

Die durch das Kirchensteuersystem mit bedingte Beamtenmentalität in der kirchlichen Verwaltung bremsen Kräfte aus, die sich neu mit christlichen Inspirationen aus dem Evangelium auseinandersetzen wollen. Nicht Erneuerung, sondern vorsichtiger Rückbau ist folglich die Devise. Wer Besitzstände

WER BESITZSTÄNDE WAHRT,
BRICHT NICHT AUF. WER
VERGANGENHEIT VERWALTET,
GEWINNT KEINE ZUKUNFT

wahrt, bricht nicht auf. Wer Vergangenheit verwaltet, gewinnt nicht die Zukunft. Es ist folglich kein Wunder, dass viele kirchlich geführte sozialen Einrichtungen von staatlichen kaum zu unterscheiden sind.

Nur: Kirchlich Beschäftigte geraten in ein besonderes Dilemma. Kirchen verlangen in aller Regel, dass die in ihren Einrichtungen angestellten Kräfte ihr Taufbuch vorzeigen können, dass sie also in der Lage sind nachzuweisen, dass sie einer der anerkannten Kirchen angehören („ACK-Klausel“). Wenn sich kirchliche Institutionen aber von staatlichen nicht durch einen besonderen christlichen Geist, sondern eher durch formale Anforderungen unterscheiden, dann wirft dies ein schräges Licht auf die Kirchen als Arbeitgeber. Wer beispielsweise sein Kind nicht taufen lassen will, wer eigentlich aus der Kirche austreten will oder wer sensible Ereignisse im Lebenslauf aufweist, der gerät leicht in Konflikt: Soll ich meinen Arbeitsplatz behalten und eigene Auffassungen verschweigen oder soll ich eine Kündigung riskieren, weil ich anders lebe, als Kirchen es fordern? Solche Dilemmata sind für die über eine Million bei einer der beiden großen Kirchen beschäftigten Menschen Alltag. Das muss aber nicht sein, wenn Kirchen sich auf diejenigen Aufgaben konzentrieren, die sie mit begeisterten Christinnen und Christen auch erfüllen können.

Im Hintergrund steht hier auch eine Besonderheit des kirchlichen Arbeitsrechts. Kirchen haben eine besondere Gestaltungsfreiheit in ihren inneren Angelegenheiten. Eigentlich eine gute Sache. Nur führt dieses Sonderrecht dazu, dass es in Kirchen keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, keine Arbeitgeber, sondern Dienstgeber gibt. Gegen einen Dienstgeber kann man beispielsweise nicht streiken. „Macht ja nichts“, könnte man sagen, „es sitzen ja alle im gleichen christlichen Boot.“ Im konkreten Fall aber bricht das Verständnis für solche Sonderituationen in unserer Gesellschaft jäh ab. Die Folge ist dann ein nicht beabsichtigter Glaubwürdigkeitsverlust kirchlicher Institutionen. Sie haben ja die besten Absichten. Und aus deren Eigensicht sind es dann wahlweise böse Medien, religionsfeindliche Mächte oder säkularisierte Mitmenschen, denen es an Verständnis fehlt.

Die Frage nach einer Abschaffung der Kirchensteuer und einer Neuordnung der Finanzierung von Religionsgemeinschaften führt hier letztlich zur Frage: Wozu ist eine Kirche überhaupt da? Wo liegt der Kern ihrer Botschaft, und was folgt daraus für das Wirken in der Welt? Eine solche fundamentale Rückbesinnung ist für lebendige Glaubensgemeinschaften unabdingbar, auch wenn sie auf lieb gewonnene Gewohnheiten verzichten und ihr Verhältnis zum Staat neu ausrichten müssen. Vielleicht gewinnen gerade die beiden großen christlichen Kirchen dann diejenige spirituelle Glaubwürdigkeit zurück, die sie gegenwärtig nur noch selten haben. Denn anders lässt sich eine Anzahl von über dreihunderttausend Menschen, die jährlich aus der katholischen und evangelischen Kirche austreten, kaum erklären. Viele dieser Menschen sind religiös suchend oder sehen sich sogar selbst als Christinnen und Christen. Sie distanzieren sich aber aktiv von einer Kirche, die ihre Lebenswelt spirituell nicht mehr trifft.

Es gibt erprobte Alternativen zur Kirchensteuer. So ist gerade im immer noch katholischen Italien ein Beitrag zu kirchlichen, sozialen oder kulturellen Einrichtungen steuerlich abzugsfähig, doch der Steuerzahler kann durch Ankreuzen bei der Steuererklärung selbst entscheiden, wem er seine Mittel zukommen lassen will. Kirchenfinanzierung und Demokratie? Das geht.

Der Autor (61) ist katholischer Theologe und Unternehmer. Als Direktor des von ihm begründeten wissenschaftlichen Instituts für Sozialstrategie befasst er sich intensiv mit Fragen der globalen Zivilgesellschaft

KOMMENTARE

Hoffen auf die US-Generäle

Lange Zeit verkörperten Generäle die heimliche Angst vor einer unberechenbaren „Cowboy-Nation“ Amerika. Großspürige Uniformierte mit Isom Mundwerk prägten das Bild – Männer wie Douglas MacArthur, der Egozentriker mit Sonnenbrille, der 1950 mal eben Atombomben auf China werfen wollte. Oder der Luftwaffengeneral Curtis LeMay, der 1962 Kuba angreifen wollte und 1965 drohte, Nordvietnam notfalls „zurück in die Steinzeit zu bomben“. Auch William Westmoreland, Oberbefehlshaber in Vietnam, der eine „Leichenzählung“ getöteter Vietcong zum Maßstab seines Erfolges machte, gehörte dazu.

VON TORSTEN KRAUEL

Die verrückten Offiziere wurden eine Hollywood-Figur. Sei es der gewissenlose Atomwaffengeneral in „Dr. Strangelove oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“ (Vorbild: LeMay), oder der Oberst mit Sonnenbrille in „Apocalypse Now“, der den Satz fallen lässt: „Ich liebe den Geruch von Napalm am frühen Morgen“ (Vorbild: MacArthur). Im Gedächtnis lebt auch der Urahn dieser Großtuerei fort, General Armstrong Custer. Dessen Niederlage gegen die Indianer am Little Bighorn 1876 ist immer noch eine militärische Analogie zum Untergang der „Titanic“. Hochmut kommt vor dem Fall.

Zwischen solchen Generälen und einem Krieg aus Übermut stand im Bewusstsein vieler nur eine einzige Person – der besonnene Mann im Weißen Haus, der umsichtige Präsident. Harry Truman feuerte Douglas MacArthur. John F. Kennedy wies Curtis LeMay in die Schranken. Lyndon B. Johnson versetzte William Westmoreland auf einen anderen Posten. Es gab Ausnahmen von der Regel. Richard Nixons Ausweitung des Vietnamkrieges auf Kambodscha 1970 schien anzudeuten, dass nun jemand im Weißen Haus saß, dem militärische Macht Freude machte. Auch Ronald Reagans Sprechprobenatz vor einer Rede im August 1984 ließ die Angst vor derartiger Freude wieder aufleben – „Meine amerikanischen Mitbürger, ich habe heute ein Gesetz unterzeichnet, das Russland für vogelfrei erklärt. Wir greifen in fünf Minuten an.“ Wer solche Scherze macht, verscherzt es sich mit vielen.

Das aber waren Ausnahmen – bis Donald Trump kam. Heute fasst die sarkastische Anmerkung eines US-Abwärtungsexperten von Anfang Juli ein verbreitetes Gefühl in Worte: „Meine schlimmste Befürchtung ist wahr geworden. Ein Verrückter hat nukleare Interkontinentalraketen. Und als sei das noch nicht genug: Jetzt hat Kim Jong-un sie auch.“ Mit Donald Trump sitzt heute scheinbar der Geist Douglas MacArthurs oder Curtis LeMays im Oval Office. Die Welt hofft inständig, dass frühere Generäle wie Trumps Stabschef John Kelly, Verteidigungsminister James Mattis und Sicherheitsberater Henry McMaster dem Präsidenten rechtzeitig in den Arm fallen, wenn er Unsinn plant. Die Generäle repräsentieren die Vernunft. Der Präsident hingegen ist (neben Kim Jong-un natürlich) das Gesicht des Größenwahns. Welch eine Umkehrung der Lage. Die Pistoleros Kim und Don liefern sich ein Großmaulduell am roten Startknopf, und wo er schon dabei ist, droht Trump gleich auch noch Venezuela. Die einzige Hoffnung auf Frieden sind Militärs mit dem Sinn für Moral und Zurückhaltung.

Vielleicht aber kommt auch alles ganz anders. Erstens: Trumps Sprüche werden von keinerlei Kriegsvorbereitungen untermauert. US-Zivilisten werden nicht aus Südkorea und Japan evakuiert. Es gibt für das Militär keine Urlaubssperren und keine in Gang gesetzten Notfallpläne, und die diplomatischen Kanäle der USA zu Nordkorea sind in New York und wohl auch in Peking aktiv. Zweitens: Die scheinbar größenwahnsinnigen Präsidenten haben bisher Großes bewirkt. Nixon beendete den Vietnamkrieg, fuhr nach China und schloss mit Moskau Abrüstungsabkommen. Reagan beendete erst die Raketenrüstung in Mitteleuropa und dann den Kalten Krieg. Oder Theodore Roosevelt, vor 15 Jahren als ähnliches Großmaul verschrien – der „raue Reiter“, der als Offizier begeistert in den spanisch-amerikanischen Krieg gezogen war, aber im ersten Jahr seiner Präsidentschaft nichts zustande brachte,

DIE PISTOLEROS
KIM UND DON
LIEFERN SICH EIN
GROSSMAULDUELL
AM ROTEN KNOPF

außer alle gegen sich aufzubringen. Roosevelt bekam dann plötzlich innenpolitisch die Dinge in den Griff, als alle der Konfrontation müde waren, und erhielt 1906 den Friedensnobelpreis für seine Vermittlung im russisch-japanischen Krieg. Seine Empfehlung „Sprich leise, aber mit einem großen Knüppel“ war nicht das Motto seines Amtsbegins. Sie wurde aber sein Vermächtnis.

Vielleicht ist Trumps Rhetorik das Vorspiel zu einem Treffen mit Kim Jong-un. Man möchte es hoffen. Geschichte wiederholt sich nicht so einfach. Doch es gibt Beispiele dafür, dass Auftrumpfen nicht im Wahnsinn endete, sondern in einem Frieden, den wirklich niemand für möglich gehalten hätte.

Was Touristen und Flüchtlinge gemein haben

Die Fremden machen den Spaniern Angst. Ihr Verhalten ist anders, ihre Riten wirken einschüchternd, man will sie hier nicht haben. Die Anwohner wollen ihre Heimat schützen – und werden gegen die Fremden aktiv. Wohlgerückt: Hier

VON OLIVER RASCHKE

geht es nicht um Flüchtlinge, sondern um Touristen; europäische, davon viele aus Deutschland. Es wurden zuletzt immer mehr – und es kommen nicht nur die ruhigen, Erholung suchenden. Manche Spanier werden drastisch: Vier Vermummte griffen kürzlich einen Touristenbus in Barcelona an, zerstachen die Reifen, sprühten Parolen auf den Bus. „Der Tourismus tötet die Stadtviertel“, sprühten die jugendlichen Delinquenten auf die Windschutzscheibe.

Spanien, das europäische Urlaubsland schlechthin, wehrt sich gegen Touristen. Und das ist das Dilemma: Spanien boomt in Sachen Tourismus, die Wirtschaft wächst deutlich, dank der immer mehr werdenden Urlauber. Das Land bricht seine eigenen Rekorde, auch wegen der ganzjährig einfallenden Germanen und Angelsachsen.

Es sind so viele wie nie zuvor. Europa 2017 – das ist ein Kontinent auf den Beinen. Während weiterhin viele Menschen über das Mittelmeer in Richtung Europa strömen, auf der Suche nach Sicherheit oder einfach nach einem besseren Leben, strömen ihnen Millionen Nordeuropäer entgegen, freilich mit anderen Vehikeln, mit Pässen, mit Sicherheit ausgestattet und dem Rückflugticket, auf der Suche nach Erholung, gutem Wetter – einige auch einfach mit dem Hunger auf Party, Alkohol und Sex.

Flüchtlinge und Touristen; ihre größte Gemeinsamkeit ist: Sie sind fremd, dort, wohin sie sich begeben haben. Und wenn die Einheimischen das Gefühl bekommen, dass es ihrer zu viel wird, dann entwickelt sich eine innere, bei einigen auch stark nach außen gelebte Abwehr. Auch wenn der Tourist Kunde ist, so kann er sich nicht gehen lassen, wie dies auf dem Ballermann in Mallorca geschieht. Zu lange hat Spanien dieses Laissez-faire zugelassen. Eine Lektion wird sein: Grenzen ziehen. Nicht alles zulassen. Regeln aufstellen. Und zusehen, dass diese eingehalten werden. Das gilt für den Tourismus wie für den Umgang mit Flüchtlingen.